

06.05.2014

## Antrag

der Fraktion der CDU

**Auf jede Stimme kommt es an: Europawahl am 25. Mai 2014 nutzen, um die gemeinsame Zukunft zu gestalten**

Freiheit, Sicherheit und Wohlstand der Menschen in Nordrhein-Westfalen gründen im besonderen Maße auf dem Zusammenhalt in Europa. Als bevölkerungsreichstes Bundesland bildet Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den BeNeLux-Staaten eine europäische Kernregion, in der auf gut 100.000 Quadratkilometern rund 45 Millionen Menschen eng miteinander verbunden sind. Insbesondere die rund 100.000 Grenzpendlerinnen und Grenzpendler teilen über Grenzen hinweg den Alltag in Europa. Sie tragen zu einem gemeinsamen Bruttoinlandsprodukt von fast 1,6 Billionen Euro im NRW-BeNeLux-Raum bei. Namentlich in den vier Euregios leben sie die europäische Idee. Das Handeln der Euregios „EUREGIO“ (Gronau), „Euregio Maas-Rhein“, „Euregio Rhein-Waal“ und „Euregio Rhein-Maas-Nord“ hat Vorbildcharakter für den weiteren Fortschritt der Einigung Europas.

### Nordrhein-Westfalen in Europa

Die partnerschaftliche Verbundenheit Nordrhein-Westfalens mit den europäischen Nachbarn stützt sich auf eine Vielzahl von Abkommen und Vereinbarungen: Ausgehend von der Gründung der ersten grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaft überhaupt im Jahr 1958 – der EUREGIO mit Sitz in Gronau – bis hin zu der Absichtserklärung der Ministerpräsidenten der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs und Nordrhein-Westfalens zur engeren Zusammenarbeit im Rahmen der BeNeLux-Union vom 9. Dezember 2008. Im Vergleich zu dynamischen und vitalen Zusammenarbeit der Euregios, die auf nordrhein-westfälischer Seite von einem starken kommunalen und zivilgesellschaftlichen Engagement getragen wird, erscheint die von der Landesregierung verantwortete Zusammenarbeit des Landes mit den Nachbarstaaten Belgien, Niederlande und Luxemburg derzeit leider als unambitioniert und lustlos.

Diese Haltung wird der engen personellen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Verflechtung nicht gerecht. Allein mit den drei BeNeLux-Staaten wickelte Nordrhein-Westfalen (Stand Januar 2014) etwa 19 Prozent des Gesamthandels ab, mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union insgesamt waren es knapp 65 Prozent. (<http://www.it.nrw.de/statistik//index.html>).

Datum des Originals: 06.05.2014/Ausgegeben: 06.05.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen ist ein gewichtiger europapolitischer Akteur. Zahlreiche nordrhein-westfälische Interessenvertreterinnen und -vertreter nehmen auf europäische Entscheidungen Einfluss. Als erster deutscher Flächenstaat hat Nordrhein-Westfalen im Jahr 1986 eine Landesvertretung in Brüssel eingerichtet, in der heute mehr als 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Fachressorts arbeiten. Im europäischen Parlament verschaffen derzeit 19 Europaabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen den Anliegen unseres Landes besonderes Gehör. Dabei kommt allen, die in Brüssel für Europa eintreten, die räumliche Nähe zu Brüssel als dem Entscheidungszentrum europäischer Politik zugute. Auch die Bundesstadt Bonn als de-facto-Regierungssitz und Standort international agierender Organisationen profitiert von der Nähe zum Sitz wichtiger europäischer Institutionen. Zudem ist Nordrhein-Westfalen mit der Europäischen Agentur für Luftsicherheit in Köln selbst Sitz wichtiger europäischer Institutionen. Im Ost-West-Gefüge der Europäischen Union hat Nordrhein-Westfalen eine wichtige Funktion als Drehkreuz und Transitland.

### **Nordrhein-Westfalen braucht Europa – Europa braucht Nordrhein-Westfalen**

Nordrhein-Westfalen ist auf ein starkes, demokratisch entwickeltes Europa als Wertegemeinschaft, als einheitlicher Rechtsraum und gemeinsamer Binnenmarkt angewiesen. Die heutige gesellschaftliche und wirtschaftliche Wohlfahrt des Bundeslandes ist ohne die Europäische Integration und die zahlreichen konkreten Erleichterungen infolge des Einigungsprozesses nicht zu denken: mit dem Wegfall der Wechselkursrisiken, dem Abbau mannigfacher Zollbestimmungen, dem Abarbeiten nicht-tarifärer Hemmnisse zugunsten einheitlicher Wettbewerbsbedingungen usw. Der gemeinsame Binnenmarkt, in dem rund 150.000 unterschiedliche nationale Industrienormen und technische Standards auf etwa 19.000 verlässliche EU-Normen zurückgeführt wurden, zeitigt vor allem für den exportorientierten Mittelstand in Nordrhein-Westfalen große Vorteile, die sich auch in den Exportrekorden der letzten Jahre abbilden. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren konkret von europäischen Regelungen wie der nunmehr beschlossenen Abschaffung der Roaming-Gebühren für Telefonverbindungen innerhalb Europas, die der Landtag Nordrhein-Westfalen gefordert hat. Neue Vorschriften über den Stromverbrauch von Kaffeemaschinen, den Gebrauch von Plastiktüten oder die Gestaltung von Glühbirnen bedürfen dagegen nicht in erster Linie einer europäischen Normgebung.

Diese Europawahl wird die politischste, die Europa bislang erlebt hat. Mit der Nominierung europäischer Spitzenkandidaten und der starken Rolle des Europäischen Parlaments bei der Wahl des Kommissionspräsidenten entscheiden de facto erstmals die Bürgerinnen und Bürger darüber, wer die Europäische Kommission künftig leitet. Sie entscheiden damit auch darüber, ob in Brüssel eine Politik neuer Verbote, neuer Vorschriften und der Vergemeinschaftung von Schulden gemacht werden soll, oder ob in Europa weiterhin die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft für Freiheit, Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit sorgen werden.

Jüngere demoskopische Analysen belegen, dass die Deutschen gegenüber der europäischen Integration positiv eingestellt sind. Folglich sprachen sich im „ARD-DeutschlandTrend“ für den Monat Januar 2014 fast zwei Drittel der Befragten für ein Mehr an gemeinschaftlicher Politik in Europa aus. Auch europaweit betrachten die Europäerinnen und Europäer die Zukunft der Gemeinschaft mit wachsender Zuversicht. Einer Eurobarometer-Umfrage für den Herbst 2013 zufolge äußerten sich 51 Prozent der Befragten optimistisch. Die positiven Einstellungen zur Europäischen Gemeinschaft sind in den einzelnen Mitgliedsstaaten allerdings sehr unterschiedlich ausgeprägt. Hinzu kommt eine Europa-

Skepsis, die sich in einem in einigen Mitgliedsstaaten signifikanten Erstarren von politischen Kräften am linken und rechten Rand des politischen Spektrums auswirkt.

Im Vergleich zur Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlgängen war die Beteiligung der Wählerinnen und Wähler bei den bisherigen Wahlen zum Europäischen Parlament deutlich reserviert. So lag die Wahlbeteiligung Prozent in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2009 bei 41,8 Prozent. Eine deutlich höhere Wahlbeteiligung zu erzielen, ist eine wichtige Aufgabe für alle, die in Nordrhein-Westfalen politische Verantwortung tragen.

### **Die Chance zur Mitgestaltung nutzen**

Insbesondere die jungen Menschen sind die Zukunft Europas. In ihren Händen liegt es, die Geschichte der europäischen Integration erfolgreich fortzuschreiben. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, den Mehrwert Europas gerade jungen Menschen zu vermitteln und sie für Europa zu begeistern. Es ist selbstverständlich, dass staatliche Stellen dies auf überparteiliche Weise tun.

### **Der Landtag beschließt:**

Der Landtag Nordrhein-Westfalen

- unterstreicht die Bedeutung der Europawahl, die in Deutschland am 25. Mai 2014 stattfindet, als eine wegweisende Wahl für die Zukunft der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalens;
- appelliert an alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens, bei den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen und die Möglichkeit effektiv zu nutzen, die europäische Zukunft demokratisch mitzugestalten;
- sieht mit Sorge das Erstarren links- und rechtspopulistischer Parteien in den verschiedenen Europäischen Staaten und fordert die Landesregierung auf, in ihrem Verantwortungsbereich extremistische Kräfte auf beiden Seiten des politischen Spektrums zu bekämpfen;
- betont, dass sich die Wahl zum Europäischen Parlament infolge des Lissabon-Vertrages dem Modus nationaler Parlamentswahlen annähert und tritt dafür ein, dass der Modus der Zusammenarbeit der europäischen Institutionen transparent und demokratisch weiterentwickelt wird;
- verweist auf die großen Erfolge der europäischen Integration insbesondere im Bereich des Binnenmarktes und der gemeinschaftlichen Währung, die vor allem auch dazu beigetragen hat, die Druckwellen der Finanzmarktkrise abzuschwächen;
- fordert alle demokratischen Kräfte aus Zivilgesellschaft und Politik im Land auf, durch altersgerechte Maßnahmen und Informationsmöglichkeiten vor allem auch Erst- und Jungwähler dazu zu bewegen, am 25. Mai 2014 wählen zu gehen.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Andrea Milz  
Ilka von Boeselager

und Fraktion